

Videobotschaft von Romani Rose am 16. Dezember 2020 anlässlich des Gedenkens an Himmlers „Auschwitz-Erlass“ in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke, sehr geehrter Herr Dr. Drecoll,

liebe Überlebende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute vor 78 Jahren, am 16. Dezember 1942, ordnete Himmler die familienweise Deportation unserer Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an. Dieses Datum markiert wie kaum ein anderes einen Einschnitt in der Geschichte unserer Minderheit und hat sich tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt.

Für uns Sinti und Roma ist der 16. Dezember untrennbar verbunden mit der Ermordung unserer Familienangehörigen. In der Folge von Himmlers Befehl wurden fast 23.000 unserer Menschen aus ganz Europa, darunter weit über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Die meisten von ihnen fielen dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über 500.000 Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen dem Holocaust zum Opfer. Sachsenhausen war Teil dieses umfassenden Verbrechens der Massenvernichtung. Hier waren mehr als 1000 Sinti und Roma inhaftiert.

Über die unmenschlichen Zustände im Lager und die Hoffnungslosigkeit der Häftlinge in Sachsenhausen sagte der Holocaustüberlebende Anton Bamberger später: *„Unzählige sind an den Misshandlungen, der harten Arbeit und der schlechten Verpflegung gestorben. Am Sonntag haben wir Häftlinge immer dagesessen, den Vögeln nachgeschaut und geweint dabei.“*

Allmählich verstummen die Stimmen derer, die Zeugnis ablegen können von diesem beispiellosen Menschheitsverbrechen. Umso mehr liegt es an uns, der Generation der Nachgeborenen, das Gedenken aufrechtzuerhalten und für demokratische Werte und Menschenrechte einzustehen.

Wenn wir heute der Sinti und Roma gedenken, die in diesem Menschheitsverbrechen ermordet wurden, dann geht es nicht darum, der heutigen Generation in Deutschland Schuld zu übertragen. Der Sinn des Erinnerns besteht vielmehr in der gelebten Verantwortung für die Gegenwart und für unseren demokratisch verfassten Rechtsstaat.

Demokratiefeindliche Parteien in vielen Ländern Europas – auch in Deutschland – spalten mit völkischem Denken erneut die Gesellschaft und gefährden den inneren Frieden. Dieses völkische Denken führt in direkter Linie zurück zu der Ideologie der Nazis, deren Terrorsystem im Holocaust an Juden, an Sinti und Roma und der Versklavung Europas gipfelte.

Wir dürfen es daher nicht zulassen, dass diese Ideologie nun wieder Einzug in unsere Parlamente hält. Unbegreiflich ist es für uns, wenn es in Sachsen-Anhalt Überlegungen gibt, gemeinsam mit den Stimmen der AfD eine parlamentarische Mehrheit zu erhalten oder wenn sich in Thüringen ein Politiker einer demokratischen Partei mit Hilfe der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lässt. Nur das Eingreifen von geschichtsbewussten Politikern hat bis jetzt diesen Tabubruch verhindert. Eine solche Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien ist eine Gefahr für unsere Demokratie als Ganzes – und für jene Werte, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Europa in mühsamen Prozessen erkämpft wurden.

Durch die Hetze, die Höcke, Gauland und andere in den Parlamenten und außerhalb betreiben und den Hass, den sie schüren, werden Vertreter des Staates, wie Polizeibeamte, verstärkt zur Zielscheibe von Hasskommentaren und Gewalt, wie wir gerade bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen erleben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke, mit Ihrer Ansprache setzen Sie gerade vor diesem Hintergrund ein wichtiges politisches Signal für unseren Rechtsstaat. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie den Opfern unserer Minderheit und den letzten Überlebenden heute die Ehre erweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem demokratischen Rechtsstaat haben wir eine über 70-jährige Phase des inneren und äußeren Friedens in Europa zu verdanken. Diesen gilt es für die kommenden Generationen zu bewahren. Auch deshalb ist unser Gedenken an die Opfer des NS-Holocaust für uns dauernde Verpflichtung.

Wenn heute Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder sexuellen Orientierung Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, ist jeder von uns aufgerufen zu handeln.

Wenn Minderheiten wieder zu Sündenböcken erklärt werden, ist das ein Angriff auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Hier geht es nicht allein um Minderheitenrechte. Es geht um die Verteidigung der Demokratie als Ganzes.

Der Kampf gegen Antiziganismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, er ist der Garant für unseren inneren und äußeren Frieden in Europa.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss gelebt und stets neu errungen werden. Es liegt an uns, durch Aufklärung, Gedenken und stetiges Erinnern an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, des Naziterrors und des Holocaust die Vision eines einigen und friedlichen Europas mit Leben zu füllen und kommenden Generationen eine Zukunft zu bewahren.

Vielen Dank.